

**An die  
Mitglieder  
des Ausschusses für Wirtschaft und  
städt. Beteiligungen**

**Fachbereich  
Innere Verwaltung & Finanzen**  
Bereich Betriebswirtschaft &  
Beteiligungsverwaltung, Controlling  
Reitende-Diener-Straße 17

Auskunft erteilt

Herr Müller, Zimmer 104

Telefon

309 – 6 64

Telefax

309 – 5 24

Email

rainer.mueller@stadt.lueneburg.de

Mein Zeichen

10 24 43

Datum

07.06.2010

## **EINLADUNG**

Im Einvernehmen mit dem Vorsitzenden lade ich zu folgender Sitzung ein:

▼ Gremium

**Ausschuss für Wirtschaft und städt. Beteiligungen**

▼ Sitzung am:

**17.06.2010**

▼ Sitzungsort

**Magistratszimmer (Raum 30), Rathaus**

▼ Sitzungsbeginn

**16:00 Uhr**

**Den Öffentlichkeitsstatus der Sitzung entnehmen Sie bitte der beigefügten Tagesordnung.**

Anbei erhalten Sie die Tagesordnung.

Mit freundlichem Gruß  
In Vertretung

Lukoschek  
Stadtkämmerin

**Anlage**

# TAGESORDNUNG

## Öffentlicher Teil

- 1 **Begrüßung und Feststellung der Beschlussfähigkeit**
- 2 **Feststellung der Tagesordnung**
- 3 **Genehmigung von Niederschriften**
- 4 **Lüneburger Heide GmbH - Vorstellung der Gesellschaft (Vortrag von Herrn v. d. Bruch)**
- 5 **Breitbandanbindung im Industriegebiet Hafen/Bilmer Berg  
Vorlage: VO/3684/10**
- 6 **Osthannoversche Eisenbahn AG - Sicherung von Schieneninfrastruktur im Kreisgebiet Lüneburg (Vortrag)  
Vorlage: VO/3697/10**
- 7 **Gesundheitsholding Lüneburg GmbH - Wirtschaftsplan Gesundheitsholding 2010 1. Nachtrag  
Weisungen an die Beteiligungsvertreter der Hansestadt Lüneburg in der Gesellschafterversammlung  
Vorlage: VO/3692/10**
- 8 **Abwasser, Grün & Lüneburger Service GmbH - Jahresabschluss 2009  
Weisungen an die Beteiligungsvertreter der Hansestadt Lüneburg in der Gesellschafterversammlung  
Vorlage: VO/3693/10**
- 9 **Luna Lüneburg GmbH - Jahresabschluss 2009  
Weisungen an die Beteiligungsvertreter der Hansestadt Lüneburg in der Gesellschafterversammlung der Abwasser, Grün & Lüneburger Service GmbH  
Vorlage: VO/3696/10**
- 10 **Anreize für klimaschonende Autos schaffen (Antrag der Fraktion Bündnis90/Die Grünen vom 18.01.2010)  
Vorlage: VO/3557/10**
- 11 **Mitteilungen der Verwaltung im öffentlichen Teil**
- 12 **Anfragen im öffentlichen Teil**

## Nichtöffentlicher Teil

- 13 **Mitteilungen der Verwaltung im nichtöffentlichen Teil**
- 14 **Anfragen im nichtöffentlichen Teil**

Bereich 22 - Betriebswirtschaft &  
Beteiligungsverwaltung, Controlling  
W.LG (Frau Gerber)

Datum:  
28.05.2010

## **Beschlussvorlage**

Beschließendes Gremium:

**Ausschuss für Wirtschaft und städt. Beteiligungen**

Betrifft:

**Breitbandanbindung im Industriegebiet Hafen/Bilmer Berg**

### **Beratungsfolge:**

Top	Öffentl. Status	Sitzungs- datum	Gremium
	Ö	17.06.2010	Ausschuss für Wirtschaft und städt. Beteiligungen

### **Sachverhalt:**

Bereits seit ca. 2003 gibt es Bestrebungen, eine zuverlässige, preiswerte und zukunftssichere Breitbandinfrastruktur im Industriegebiet Lüneburg Hafen/Bilmer Berg zu schaffen. Entsprechende Anschlüsse sollen den dort ansässigen sowie künftig anzusiedelnden Unternehmen zur Nutzung angeboten werden.

Bisher scheiterten diese Versuche u. a. an der Heterogenität des Nutzerverhaltens seitens der Unternehmen sowie an fehlenden Angeboten seitens überregional tätiger TK-Unternehmen.

Durch die mögliche Einwerbung von Fördermitteln aus dem EFRE bietet sich jetzt die einmalige Chance, die anfallenden Investitionskosten zu reduzieren. Damit kann den Unternehmen als potenzielle Kunden ein marktüblicher und akzeptierter Preis für die zukunftsfähige technische Lösung angeboten werden.

Hierzu hat die W.LG im August/September 2009 – aufbauend auf einer allgemeinen Befragung der Haushalte in Hansestadt und Landkreis Lüneburg durch den Landkreis Lüneburg im Mai 2008 - eine Unternehmensbefragung durchgeführt. Befragt wurden die im betreffenden Gebiet ansässigen Unternehmen zur vorhandenen Breitband-Versorgungssituation sowie zur benötigten/gewünschten Versorgung. Hintergrund waren einerseits vorgetragene Beschwerden/Anforderungen von Unternehmen, die durch die bisherigen Angebote am Markt nicht befriedigt werden können sowie Ausbaupläne bezüglich des Binnenhafens Lüneburg. Sowohl für die Bestandsentwicklung als auch für Neuansiedlungen werden Datenleitungen benötigt, die eine permanente Verfügbarkeit hoher Datenübertragungsraten sicherstellen. Von 140 befragten Unternehmen haben sich 52 (= 37%) an der Umfrage beteiligt. Im Ergebnis können 22 % davon als unterversorgt – gemessen an ihren Bedürfnissen –

bezeichnet werden. 88 % gaben an, eine höherwertige als die vorhandene Anbindung zu benötigen, speziell benötigen 37 % eine synchrone Anbindung mit gleichen Bandbreiten und Geschwindigkeiten im Up- und Download.

Das als Voraussetzung eines Förderantrags durchgeführte Interessenbekundungsverfahren fand im März 2010 statt. Es hat zwei Lösungsvorschläge von TK-Anbietern zur Erschließung des betreffenden Gebietes erbracht. Die abgegebenen Angebote wurden miteinander verglichen und bewertet. Hierbei sind folgende Aspekte berücksichtigt worden:

- Kosten bzw. Wirtschaftlichkeitslücke
- Erschließungskonzept (Technik)
- Flächendeckende Lösung
- Geschwindigkeiten
- Zukunftssicherheit

Während das Angebot der Fa. LüneCom höhere und synchrone Bandbreiten beinhaltet, sieht das Konkurrenzangebot lediglich asynchrone Anschlüsse (Standard-DSL-Produkte) vor.

Die Investitionen belaufen sich auf ca. 331.200 EUR (netto) inkl. Tiefbau und Planung, die Deckungslücke beträgt beim günstigsten Angebot 70.000 EUR.

Das Angebot der Fa. LüneCom ist unter den genannten Aspekten als das geeignete und wirtschaftlich günstigere einzustufen, wogegen das eingereichte Konkurrenzangebot eine größere Wirtschaftlichkeitslücke aufweist und zudem den bestehenden und nachgewiesenen Bedarf nicht adäquat abdeckt.

Die Wirtschaftlichkeitslücke ist Grundlage für den Förderantrag. Hierauf kann ein Zuschuss von bis zu 75 % gewährt werden. Der Eigenanteil der Hansestadt Lüneburg würde sich somit auf max. 20.000 EUR belaufen.

Die Hansestadt Lüneburg kann und will nicht selbst als Anbieter und Betreiber eines Netzes für Dritte im Sinne des TK-Gesetzes tätig werden. Insbesondere wäre ein neues Betreiberkonstrukt notwendig, dessen Anforderungen (u. a. Gewährleistung 24-h-Betrieb etc., rechtliche Vorgaben) in der bestehenden Form durch die Hansestadt Lüneburg nicht erfüllt werden können. Vor diesem Hintergrund kommt es auch nicht infrage, vertragliche Beziehungen zwischen Hansestadt, AGL und LüneCom in ähnlicher Form zu gestalten wie es bisher für einzelne ausgewählte externe Kunden der Fall ist.

Das Angebot der Fa. LüneCom beinhaltet, dass ein vom bestehenden Stadt-MAN physikalisch getrenntes eigenes Netz aufgebaut wird, das lediglich am Übergabepunkt Stadtkoppel mittels eines zusätzlichen Verteilerknotens „angedockt“ wird. Diese Lösung bietet u. a. den Vorteil, dass die Hansestadt und deren 100%ige Tochter AGL kein Risiko zu tragen hätten und gleichzeitig LüneCom freier wäre in der Vertragsgestaltung mit den jeweiligen Endkunden.

Im Ergebnis wird die Hansestadt Lüneburg als Maßnahme der Wirtschaftsförderung die Erschließung des Industriegebiets Hafen/Bilmer Berg durchführen lassen und als Antragsteller der Fördermittel auftreten. Die Vorfinanzierung erfolgt durch Fa. LüneCom als Investor. Die notwendigen Kofinanzierungsmittel von 20.000 EUR sind im Haushalt der Hansestadt für 2010 enthalten. Es sind unter der Investitionsnummer 01-511-008 „Breitbandversorgung“ 50.000 EUR als Eigenanteil Maßnahmen der Breitbandversorgung vorgesehen.

Die W.LG wird das Förderprojekt unterstützen und begleiten sowie die notwendigen Vorgespräche mit der NBank und dem Breitband-Kompetenzzentrum führen, ferner auch die Antragstellung für die Hansestadt Lüneburg unterschriftsreif vorbereiten.

Derzeit werden noch förderrechtliche Fragen im Niedersächsischen Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr geklärt, da es hinsichtlich der Gebietskulisse des zu erschließenden Bereiches Überschneidungen mit dem sog. Heidecluster gibt. Dieses wird aus Mitteln des Konjunkturpakets gefördert. Eine Doppelförderung ist ausgeschlossen.

Sobald diese Frage geklärt ist, kann der vorzeitige Maßnahmebeginn bei der NBank beantragt und zeitnah erteilt werden, da alle erforderlichen Vorarbeiten bereits erfolgt sind. Anschließend kann ein spezifiziertes Angebot von LüneCom angefordert werden. In diesem Stadium können dann auch Gespräche mit potenziellen Endkunden geführt und Vorverträge abgeschlossen werden. Parallel ist der formelle Förderantrag einzureichen. Nach Bewilligung des Antrages könnte die Umsetzung (Tiefbau etc.) durch LüneCom beginnen (das Angebot sieht einen Umsetzungszeitraum von 36 Wochen vor). Nach Abschluss der Maßnahme würde die Hansestadt die erhaltenen Fördermittel an LüneCom zur Deckung der Wirtschaftlichkeitslücke durchleiten.

### **Beschlussvorschlag:**

Der Maßnahme wird vorbehaltlich der zu klärenden förderrechtlichen Fragen und der Einwerbung von Fördermitteln zugestimmt.

Die Verwendung von maximal 20.000 EUR aus der Investitionsnummer 01-0511-008 „Breitbandversorgung“ für den Ausbau der Breitbandversorgung im Bereich Hafen/ Bilmer Berg wird zur Kenntnis genommen.

### **Finanzielle Auswirkungen:**

#### **Kosten (in €)**

- a) für die Erarbeitung der Vorlage: 35,00
  - aa) Vorbereitende Kosten, z.B. Ausschreibungen, Ortstermine, etc.
- b) für die Umsetzung der Maßnahmen:
- c) an Folgekosten:
- d) Haushaltsrechtlich gesichert:
  - Ja
  - Nein
  - Teilhaushalt / Kostenstelle:
  - Produkt / Kostenträger:
  - Haushaltsjahr:
- e) mögliche Einnahmen:

**Beratungsergebnis:**

	Sitzung am	TOP	Ein- stimmig	Mit Stimmen-Mehrheit Ja / Nein / Enthaltun- gen	lt. Be- schluss- vorschlag	abweichende(r) Empf /Beschluss	Unterschr. des Proto- kollf.
1							
2							
3							
4							

Beteiligte Bereiche / Fachbereiche:

Anhörung/Beteiligung erforderlich:

Ortsrat: \_\_\_\_\_

Ortsvorsteher/in: \_\_\_\_\_

Auszüge an folgende Bereiche bzw. Fachbereiche:

**Eingangs- und Sichtvermerke**

(gewünschte Vermerke bitte ankreuzen)

<input type="checkbox"/> Entwurfsverfasser/in Datum	<input type="checkbox"/> Leiter/in des beteilig- ten Bereichs	<input type="checkbox"/> Leiter/in des/r beteilig- ten Stabsstelle / Fachbereichs	<input type="checkbox"/> Dez. VI	<input type="checkbox"/> Dez. V	<input type="checkbox"/> Dez. III	<input type="checkbox"/> Dez. II	<input type="checkbox"/> OB	<input type="checkbox"/> Ratsbüro

Bereich 22 - Betriebswirtschaft &  
Beteiligungsverwaltung, Controlling  
von Fintel, Stefanie

Datum:  
03.06.2010

## **Beschlussvorlage**

Beschließendes Gremium:

**Ausschuss für Wirtschaft und städt. Beteiligungen**

Betrifft:

**Osthannoversche Eisenbahnen AG - Sicherung von Schieneninfrastruktur im  
Kreisgebiet Lüneburg (Vortrag)**

### **Beratungsfolge:**

Top	Öffentl. Status	Sitzungs- datum	Gremium
	Ö	17.06.2010	Ausschuss für Wirtschaft und städt. Beteiligungen

### **Sachverhalt:**

Die Hansestadt Lüneburg, der Landkreis Lüneburg sowie die Wirtschaftsförderungsgesellschaft mbH für Stadt und Landkreis Lüneburg (W.LG) haben Gespräche mit der Osthannoverschen Eisenbahnen AG (OHE) zur langfristigen Sicherung der Strecken Lüneburg – Embsen/Melbeck – Amelinghausen – Hützel und Lüneburg – Bleckede unter wirtschaftlich vertretbaren Aspekten aufgenommen. Eigentümerin beider Strecken ist die OHE.

Für den Erhalt der Strecken haben sowohl die OHE (Strecke Lüneburg-Hützel) als auch die Arbeitsgemeinschaft Verkehrsfreunde Lüneburg e.V. (AVL; Strecke Lüneburg-Bleckede) Kostenschätzungen für die Unterhaltung und erforderlichen Investitionen erarbeitet.

Die vorgelegten Kostenschätzungen für die beiden Strecken wurden nach erfolgter beschränkter Ausschreibung von dem Institut für Verkehrswesen, Eisenbahnbau und -betrieb der TU Braunschweig (IVE) geprüft und fachlich ergänzt.

Ein mündlicher Bericht über den aktuellen Sachstand und den Ergebnissen der Studie „Erhalt der OHE-Bahnstrecken im Landkreis Lüneburg“ erfolgt im Ausschuss.

### **Beschlussvorschlag:**

Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.

**Finanzielle Auswirkungen:**

**Kosten (in €)**

- a) für die Erarbeitung der Vorlage: 35,00
  - aa) Vorbereitende Kosten, z.B. Ausschreibungen, Ortstermine, etc.
- b) für die Umsetzung der Maßnahmen:
- c) an Folgekosten:
- d) Haushaltsrechtlich gesichert:
  - Ja
  - Nein
  - Teilhaushalt / Kostenstelle:
  - Produkt / Kostenträger:
  - Haushaltsjahr:
- e) mögliche Einnahmen:

**Beratungsergebnis:**

	Sitzung am	TOP	Ein-stimmig	Mit Stimmen-Mehrheit Ja / Nein / Enthaltungen	lt. Beschluss-vorschlag	abweichende(r) Empf /Beschluss	Unterschr. des Proto-kollf.
1							
2							
3							
4							

Beteiligte Bereiche / Fachbereiche:

Anhörung/Beteiligung erforderlich:

Ortsrat: \_\_\_\_\_

Ortsvorsteher/in: \_\_\_\_\_

Auszüge an folgende Bereiche bzw. Fachbereiche: B 22, AGL, W.LG

## Eingangs- und Sichtvermerke

(gewünschte Vermerke bitte ankreuzen)

<input type="checkbox"/> Entwurfsverfasser/in Datum	<input type="checkbox"/> Leiter/in des beteilig- ten Bereichs	<input type="checkbox"/> Leiter/in des/r beteilig- ten Stabsstelle / Fachbereichs	<input type="checkbox"/> Dez. VI	<input type="checkbox"/> Dez. V	<input type="checkbox"/> Dez. III	<input type="checkbox"/> Dez. II	<input type="checkbox"/> OB	<input type="checkbox"/> Ratsbüro

Bereich 22 - Betriebswirtschaft &  
Beteiligungsverwaltung, Controlling  
von Fintel, Stefanie  
AZ: 20 43 88

Datum:  
01.06.2010

## **Beschlussvorlage**

Beschließendes Gremium:  
**Verwaltungsausschuss**

Betrifft:  
**Gesundheitsholding Lüneburg GmbH - Wirtschaftsplan Gesundheitsholding 2010 1.  
Nachtrag  
Weisungen an die Beteiligungsvertreter der Hansestadt Lüneburg in der  
Gesellschafterversammlung**

### **Beratungsfolge:**

Top	Öffentl. Status	Sitzungs- datum	Gremium
	Ö	17.06.2010	Ausschuss für Wirtschaft und städt. Beteiligungen
	N	22.06.2010	Verwaltungsausschuss

### **Sachverhalt:**

In der nächsten Gesellschafterversammlung der Gesundheitsholding Lüneburg GmbH wird der Nachtragswirtschaftsplan 2010 behandelt. Hierzu ist es erforderlich, die städtischen Vertreter mit Weisungen zu versehen.

Der Aufsichtsrat der Gesellschaft hat dem von der Geschäftsführung aufgestellten Entwurf des Wirtschaftsplanes 2010 (Anlage 1) zugestimmt und der Gesellschafterversammlung die Genehmigung empfohlen.

Die folgenden Sachverhalte führen zu einem Nachtragswirtschaftsplan:

- 1.) Durch den Erwerb der Orthoklinik Lüneburg zum 28.02.2010 bedarf es bezüglich der Finanzierung des Kaufpreises eines Nachtrags zum Wirtschaftsplan 2010. Wie in der letzten Aufsichtsratssitzung dargestellt wurde, sind zwischenzeitlich die Mittel für den Erwerb sowie für den Ausgleich des negativen Eigenkapitals über eine Zwischenfinanzierung vom Kurzentrum zu den holdingüblichen Zinskonditionen zur Verfügung gestellt worden.

Für die endgültige Finanzierung des Erwerbs, des Ausgleichs des negativen Eigenkapitals und der Ausstattung der Orthoklinik mit Liquidität ist es erforderlich ein Darlehen von bis zu 2 Mio. € aufzunehmen.

Das Darlehen soll, wie auch die restlichen langfristigen Bankverbindlichkeiten der Orthoklinik durch die Übertragung des freien Bürgschaftsrahmens aus dem Erwerb des Landeskrankenhauses durch die Hansestadt abgesichert werden.

Von den Wirtschaftsprüfern der Gesundheitsholding wird derzeit im Zusammenhang mit der Aufgabe der Gemeinnützigkeit geprüft, inwiefern das negative Eigenkapital direkt auszugleichen ist oder ob ein Gesellschafterdarlehen mit eigenkapitalähnlichem Charakter Vorteile vorzuziehen sei.

Das Darlehen soll voraussichtlich im 4. Quartal 2010 aufgenommen werden.

2.) Im Plan 2010 wurden darüber hinaus die Beratungskosten für den Erwerb der Orthoklinik und die neuen Stellen für Personalentwicklung und Marketing berücksichtigt.

### **Beschlussvorschlag:**

Die Beteiligungsvertreter der Hansestadt Lüneburg werden angewiesen, in der Gesellschafterversammlung der Gesundheitsholding Lüneburg GmbH dem 1. Nachtrag zum Wirtschaftsplan 2010 und somit einer Darlehensaufnahme zur Finanzierung des Erwerbs, des Ausgleichs des negativen Eigenkapitals und der Ausstattung der Orthoklinik mit Liquidität in Höhe von bis zu 2 Mio. € sowie auch den weiteren Plananpassungen zuzustimmen.

### **Finanzielle Auswirkungen:**

#### **Kosten (in €)**

- a) für die Erarbeitung der Vorlage: 35,00
  - aa) Vorbereitende Kosten, z.B. Ausschreibungen, Ortstermine, etc.
- b) für die Umsetzung der Maßnahmen:
- c) an Folgekosten:
- d) Haushaltsrechtlich gesichert:
  - Ja
  - Nein
  - Teilhaushalt / Kostenstelle:
  - Produkt / Kostenträger:
  - Haushaltsjahr:
- e) mögliche Einnahmen:

### **Anlagen:**

Wirtschaftsplan 2010, 1. Nachtrag

### Beratungsergebnis:

	Sitzung am	TOP	Ein- stimmig	Mit Stimmen-Mehrheit Ja / Nein / Enthaltun- gen	lt. Be- schluss- vorschlag	abweichende(r) Empf /Beschluss	Unterschr. des Proto- kollf.
1							
2							
3							
4							

Beteiligte Bereiche / Fachbereiche:

Anhörung/Beteiligung erforderlich:

Ortsrat: \_\_\_\_\_

Ortsvorsteher/in: \_\_\_\_\_

Auszüge an folgende Bereiche bzw. Fachbereiche:

### Eingangs- und Sichtvermerke

(gewünschte Vermerke bitte ankreuzen)

<input type="checkbox"/> Entwurfsverfasser/in Datum	<input type="checkbox"/> Leiter/in des beteilig- ten Bereichs	<input type="checkbox"/> Leiter/in des/r beteilig- ten Stabsstelle / Fachbereichs	<input type="checkbox"/> Dez. VI	<input type="checkbox"/> Dez. V	<input type="checkbox"/> Dez. III	<input type="checkbox"/> Dez. II	<input type="checkbox"/> OB	<input type="checkbox"/> Ratsbüro

Gesundheitsholding Lüneburg GmbH

# **Wirtschaftsplan 2010 1. Nachtrag**

Erfolgsplan

Erfolgsplan 2010 - Gesundheitsholding

Positionen		Plan 2010 1. Nachtrag	Plan 2010	Hochrechnung 2009	Ist 2008
	<b>Erlöse gesamt</b>	<b>1.277.000</b>	<b>1.226.000</b>	<b>1.221.000</b>	<b>1.171.000</b>
	<b>Aufwendungen gesamt</b>	<b>1.274.000</b>	<b>1.219.000</b>	<b>1.209.000</b>	<b>1.163.000</b>
	<b>Über- /Unterdeckung</b>	<b>3.000</b>	<b>7.000</b>	<b>12.000</b>	<b>8.000</b>
1	Umsatzerlöse	571.000	520.000	460.000	374.000
2	± Bestandsveränderung an fertigen und unfertigen Erzeugnissen				
3	+ andere aktivierte Eigenleistungen				
4	+ sonst. betriebliche Erträge				1.000
<b>5</b>	<b>= Gesamtleistung Nr. 1 bis 4</b>	<b>571.000</b>	<b>520.000</b>	<b>460.000</b>	<b>375.000</b>
6	- Materialaufwand (Roh-, Hilfs-, Betriebsstoffe, bezogene Waren und Leistungen)				
	bezogenes Personal (Service Klinikum)				
	Medizinischer Bedarf				
	sonst. Materialaufwand+bez. Leistungen				
7	- Personalaufwand	402.000	376.000	291.000	214.000
8	- Abschreibungen				
	a) immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen				
	b) Vermögensgegenstände des Umlaufvermögens				
9	- sonst. betriebliche Aufwendungen	158.000	133.000	152.000	153.000
	Energieaufwand				
	Erhaltungsaufwand				
	sonstiger betr. Aufwand	158.000	133.000	152.000	153.000
<b>10</b>	<b>= Summe betriebliche Aufwendungen</b>	<b>560.000</b>	<b>509.000</b>	<b>443.000</b>	<b>367.000</b>
<b>11</b>	<b>= Betriebsergebnis (Nr. 5 - 10)</b>	<b>11.000</b>	<b>11.000</b>	<b>17.000</b>	<b>8.000</b>
12	+ Erträge aus Beteiligungen (nur lfd. Erträge)				
13	+ Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens				
14	+ sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	706.000	706.000	761.000	796.000
15	- Abschreibungen auf Finanzanlagen und übliche Abschreibungen auf Wertpapiere des Umlaufvermögens				
16	- Zinsen u. ä. Aufwendungen	712.000	706.000	757.000	791.000
<b>17</b>	<b>= Finanzergebnis (Nr. 12+13+14-15-16)</b>	<b>- 6.000</b>	<b>-</b>	<b>4.000</b>	<b>5.000</b>
<b>18</b>	<b>= Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit</b>	<b>5.000</b>	<b>11.000</b>	<b>21.000</b>	<b>13.000</b>
19	+ außerordentliche Erträge				
20	- außerordentliche Aufwendungen				
<b>21</b>	<b>= außerordentliches Ergebnis (Nr. 19 - 20)</b>	<b>-</b>	<b>-</b>	<b>-</b>	<b>-</b>
22	- Steuern	2.000	4.000	9.000	5.000
<b>23</b>	<b>= Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag (Nr. 18-22)</b>	<b>3.000</b>	<b>7.000</b>	<b>12.000</b>	<b>8.000</b>

Bereich 22 - Betriebswirtschaft &  
Beteiligungsverwaltung, Controlling  
von Fintel, Stefanie  
AZ: 20 43 81

Datum:  
01.06.2010

## **Beschlussvorlage**

Beschließendes Gremium:  
**Verwaltungsausschuss**

Betrifft:  
**Abwasser, Grün & Lüneburger Service GmbH - Jahresabschluss 2009**  
**Weisungen an die Beteiligungsvertreter der Hansestadt Lüneburg in der**  
**Gesellschafterversammlung**

### **Beratungsfolge:**

Top	Öffentl. Status	Sitzungs- datum	Gremium
	Ö	17.06.2010	Ausschuss für Wirtschaft und städt. Beteiligungen
	N	22.06.2010	Verwaltungsausschuss

### **Sachverhalt:**

In der nächsten Gesellschafterversammlung der Abwasser, Grün & Lüneburger Service GmbH wird der Jahresabschluss 2009 behandelt. Hierzu ist es erforderlich, die städtischen Vertreter mit Weisungen zu versehen.

Beigefügt sind hierzu die Bilanz (Anlage 1), die Gewinn- und Verlustrechnung (Anlage 2) und der Lagebericht (Anlage 3). Danach schließt der Jahresabschluss 2009 wie folgt ab:

Bilanzsumme	39.401.453,53 €
Jahresüberschuss	97.472,90 €
Überschussvortrag der Vorjahre	675.697,28 €
Bilanzgewinn	773.170,18 €

Hierzu wird seitens der Geschäftsführung und des Aufsichtsrates vorgeschlagen, den Bilanzgewinn auf das Geschäftsjahr 2010 vorzutragen.

Die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Hansaberatung GmbH, Bremen, hat den Abschluss für das Geschäftsjahr 2008 geprüft und mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen. Der testierte Bericht kann im Ratsbüro eingesehen werden.

### **Beschlussvorschlag:**

Die Beteiligungsvertreter der Hansestadt werden angewiesen, in der Gesellschafterversammlung der Abwasser, Grün & Lüneburger Service GmbH für die Feststellung des vorgelegten Jahresabschlusses 2009, den Vortrag des Bilanzgewinnes auf das Geschäftsjahr 2010 und die Entlastung der Geschäftsführung und des Aufsichtsrates für das Geschäftsjahr 2009 zu stimmen.

### **Finanzielle Auswirkungen:**

#### **Kosten (in €)**

- a) für die Erarbeitung der Vorlage: 35,00  
    aa) Vorbereitende Kosten, z.B. Ausschreibungen, Ortstermine, etc.
- b) für die Umsetzung der Maßnahmen:
- c) an Folgekosten:
- d) Haushaltsrechtlich gesichert:  
    Ja  
    Nein  
    Teilhaushalt / Kostenstelle:  
    Produkt / Kostenträger:  
    Haushaltsjahr:
- e) mögliche Einnahmen:

### **Anlagen:**

Bilanz  
Gewinn- und Verlustrechnung  
Lagebericht

### **Beratungsergebnis:**

	Sitzung am	TOP	Ein-stimmig	Mit Stimmen-Mehrheit Ja / Nein / Enthaltungen	lt. Beschluss-vorschlag	abweichende(r) Empf /Beschluss	Unterschr. des Proto-kollf.
1							
2							
3							
4							

Beteiligte Bereiche / Fachbereiche:

Anhörung/Beteiligung erforderlich:

Ortsrat: \_\_\_\_\_

Ortsvorsteher/in: \_\_\_\_\_

Auszüge an folgende Bereiche bzw. Fachbereiche: 22

### Eingangs- und Sichtvermerke

(gewünschte Vermerke bitte ankreuzen)

<input checked="" type="checkbox"/> Entwurfsverfasser/in Datum	<input checked="" type="checkbox"/> Leiter/in des beteilig- ten Bereichs	<input type="checkbox"/> Leiter/in des/r beteilig- ten Stabsstelle / Fachbereichs	<input type="checkbox"/> Dez. VI	<input type="checkbox"/> Dez. V	<input type="checkbox"/> Dez. III	<input checked="" type="checkbox"/> Dez. II	<input checked="" type="checkbox"/> OB	<input checked="" type="checkbox"/> Ratsbüro

## AKTIVA

	EUR	31.12.2009 EUR	Vorjahr EUR
<b>A. ANLAGEVERMÖGEN</b>			
<b>I. Immaterielle Vermögensgegenstände</b>			
Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten		29,00	29,00
<b>II. Sachanlagen</b>			
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	6.312.698,68		6.447.450,23
2. Technische Anlagen und Maschinen	29.736.148,14		30.533.591,14
3. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	716.311,74		445.314,74
4. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	<u>245.262,83</u>		<u>200.939,01</u>
		37.010.421,39	<u>37.627.295,12</u>
<b>III. Finanzanlagen</b>			
Anteile an verbundenen Unternehmen		<u>12.750,00</u>	<u>12.750,00</u>
		<u>37.023.200,39</u>	<u>37.640.074,12</u>
<b>B. UMLAUFVERMÖGEN</b>			
<b>I. Vorräte</b>			
1. Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	107.989,89		130.157,69
2. Fertige Erzeugnisse und Waren	<u>2.007,52</u>		<u>2.031,32</u>
		109.997,41	<u>132.189,01</u>
<b>II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände</b>			
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	80.258,43		248.536,10
2. Sonstige Vermögensgegenstände davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr: EUR 70.327,09 (Vorjahr: EUR 64.993,63)	218.799,16		318.951,21
		299.057,59	<u>567.487,31</u>
<b>III. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks</b>			
		<u>1.923.405,52</u>	<u>1.306.341,25</u>
		<u>2.332.460,52</u>	<u>2.006.017,57</u>
<b>C. RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN</b>			
		<u>45.792,62</u>	<u>76.139,06</u>
		<u>39.401.453,53</u>	<u>39.722.230,75</u>

er Service GmbH, Lüneburg

Dezember 2009

## PASSIVA

	EUR	31.12.2009 EUR	Vorjahr EUR
<b>A. EIGENKAPITAL</b>			
I. Gezeichnetes Kapital		1.500.000,00	1.500.000,00
II. Kapitalrücklage		16.999,43	16.999,43
III. Gewinnvortrag		675.697,28	546.018,57
IV. Jahresüberschuss		<u>97.472,90</u>	<u>129.678,71</u>
		2.290.169,61	<u>2.192.696,71</u>
<b>B. RÜCKSTELLUNGEN</b>			
1. Steuerrückstellungen	52.249,67		51.450,00
2. Sonstige Rückstellungen	<u>151.934,39</u>		<u>267.813,16</u>
		204.184,06	<u>319.263,16</u>
<b>C. VERBINDLICHKEITEN</b>			
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	35.610.791,30		35.632.017,19
2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	636.295,22		471.965,48
3. Sonstige Verbindlichkeiten	660.013,34		1.106.288,21
davon aus Steuern: EUR 12.177,05 (Vorjahr: EUR 76.557,21)			
		<u>36.907.099,86</u>	<u>37.210.270,88</u>
		<u>39.401.453,53</u>	<u>39.722.230,75</u>

## Abwasser, Grün &amp; Lüneburger Service GmbH, Lüneburg

Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2009

	EUR	2009 EUR	Vorjahr EUR
1. Umsatzerlöse		6.821.185,94	6.863.661,92
2. Sonstige betriebliche Erträge		42.336,44	96.051,42
3. Materialaufwand			
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	961.368,75		890.217,24
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	<u>121.400,71</u>		<u>338.329,84</u>
		1.082.769,46	1.228.547,08
4. Personalaufwand			
a) Löhne und Gehälter	13.645,20		13.651,20
b) Soziale Abgaben	<u>839,10</u>		<u>803,64</u>
		14.484,30	14.454,84
5. Abschreibungen			
Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen		2.124.004,26	2.021.544,29
6. Sonstige betriebliche Aufwendungen		1.699.398,04	1.774.002,20
7. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge		17.911,70	66.103,39
8. Zinsen und ähnliche Aufwendungen		<u>1.744.631,96</u>	<u>1.727.213,47</u>
9. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit		216.146,06	260.054,85
10. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag		108.154,50	119.801,75
11. Sonstige Steuern		<u>10.518,66</u>	<u>10.574,39</u>
12. Jahresüberschuss		<u>97.472,90</u>	<u>129.678,71</u>

## Lagebericht zum 31.12.2009

### Abwasser, Grün & Lüneburger Service GmbH (AGL)

#### Geschäftsverlauf allgemein, Geschäftsergebnis und Lage der GmbH

Die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen des Geschäftsjahres 2009 waren im Vergleich mit 2008 unverändert und werden von der Geschäftsführung als zufrieden stellend gewertet. Im Geschäftsjahr 2009 waren wieder Liquidität und Ertragslage uneingeschränkt gesichert. Dies begründet sich im Fortbestand des Entsorgungsvertrages „Abwasser“ und der Geschäftsbesorgungsverträge, die die Aufgaben der im Bereich zentraler Baubetriebshof angesiedelten Leistungen regeln. Für die Kosten-erstattung der dazu benötigten Flächen und Gebäude wurde im Geschäftsjahr eine Entgeltvereinbarung getroffen. Außerdem lag zum Jahresende die unterschiftsreife Entgeltvereinbarung für die Kfz-Werkstatt vor.

Unverändert sind das Stammkapital in Höhe von € 1.500.000,00 und der Gesellschaftsvertrag geblieben.

Der Hauptaufgabe der AGL, die Abwasserreinigung, der Abwassertransport und die Reststoffentsorgung konnte mit Erfolg nachgekommen werden, ebenfalls die dem zentralen Baubetriebshof zugeordneten Aufgaben. Für das Aufgabengebiet „Stadt MAN Lüneburg“ wurden vom Mieter, bis auf einen weiteren Hausanschluss, keine neuen Investitionsmaßnahmen abgefordert.

Die im Vorjahr noch ausstehende Ausgleichmaßnahme für den Neubau Betriebshof ist bis auf die Frühjahrsbepflanzung im Einvernehmen mit der Unteren Naturschutzbehörde fertig gestellt worden. Die Maßnahme „Neubau zentraler Baubetriebshof“ ist somit abgeschlossen.

Die bisher positive Entwicklung des Geschäftsverlaufes konnte erfolgreich fortgesetzt werden, und zwar mit ähnlichen Umsätzen, im Geschäftsjahr T€ 6.821 (Vorjahr T€ 6.864).

Im Geschäftsjahr wurden T€ 1.640 in das Anlagevermögen investiert, die aus Kreditaufnahmen finanziert wurden. Die Gesellschaft finanziert sich im Wesentlichen durch langfristige Darlehen, deren Tilgung durch eine fristenkonforme Ausrichtung an den Investitionen ermöglicht wird. Im Geschäftsjahr 2009 betrug der Anteil der Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten an der Bilanzsumme 90,5 % (Vorjahr: 89,7 %). Diese Relationen entsprechen im Wesentlichen dem Anteil des Anlagevermögens an der Bilanzsumme. Hinsichtlich der Fälligkeitsstruktur der Verbindlichkeiten wird auf den Verbindlichkeitspiegel im Anhang verwiesen.

Durch den im Geschäftsjahr erzielten Überschuss in Höhe von T€ 97 (Vorjahr T€ 130) konnte das Eigenkapital wiederum leicht erhöht werden und beträgt jetzt T€ 2.290, somit 5,8 % von der Bilanzsumme (Vorjahr 5,5 %).

Die nachfolgende Tabelle zeigt die prozentuale Verteilung einiger Aufwandspositionen in Bezug auf die Umsatzerlöse auf.

Materialaufwand	15,9 %	Vj. 17,9 %
Abschreibungen	31,1 %	Vj. 29,5 %
Sonst. Betr. Aufwendungen	24,9 %	Vj. 25,8 %
Finanzaufwand	25,6 %	Vj. 25,2 %

Neu ist für die AGL die Erhebung von Bürgschaftsprovisionen durch die Hansestadt Lüneburg, die im Finanzaufwand ausgewiesen wird. Dies ergibt für die AGL ab dem Geschäftsjahr 2009 eine dauernde zusätzliche Kapitalkostenbelastung.

Im November 2009 wurde der Abschlussbericht seitens des Finanzamtes über die im Herbst 2007 angefangene Betriebsprüfung vorgelegt. Wie bereits im letzten Jahr angeführt, sind die geforderten Änderungen bereits im Abschluss 2007 eingearbeitet worden, weitere wesentliche Änderungen hat es nicht gegeben.

Die Gesellschaft hat im Geschäftsjahr 2009 einen positiven operativen Cashflow von T€ 2.137 erzielt. Dieser Betrachtung liegt ein Finanzmittelfonds zugrunde, der ausschließlich die liquiden Mittel in Höhe von T€ 1.923 umfasst. Der Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit umfasst die Ein- und Auszahlungen durch Darlehensaufnahmen bzw. -rückzahlungen. 2009 wurden Einzahlungen in Höhe von T€ 1.820 sowie Auszahlungen von T€ 1.841 vorgenommen. Die Zahlungsfähigkeit der Gesellschaft war jederzeit auch bis zur Aufstellung des Lageberichts sichergestellt.

### **Geschäftsverlauf im Bereich der Kläranlage**

Der Abwasserreinigungsbetrieb verlief im Geschäftsjahr, wie vorgesehen, auf konstant hohem Niveau. Die gesetzlich auferlegten Ablaufwerte wurden durchgehend eingehalten, überwiegend deutlich unterschritten. Wie im Vorjahr wurde die Möglichkeit auf Herabsetzung der abwasserabgaberelevanten Parameter für einen Zeitraum von 6 Monaten beantragt, genehmigt und im Betrieb eingehalten. Dieses führte wieder zu einer Verringerung der Abwasserabgabe für den Wasserrechtsinhaber, hier der Hansestadt Lüneburg.

Die Vorbereitung zur Erneuerung des Leitsystems wurde im Geschäftsjahr mit der Auftragserteilung abgeschlossen. Die Ausführungen erfolgen wie geplant im Jahre 2010.

Ebenso wurde die Planung zum Neubau der Schlammmentwässerung mit Beginn der Ausschreibung, wie vorgesehen, beendet.

Negative Vorkommnisse waren im Geschäftsjahr nicht zu verzeichnen.

### **Geschäftsverlauf im Bereich der Kanalisation**

Von den im Geschäftsjahr geplanten und im Wirtschaftsplan genehmigten Baumaßnahmen konnte der Stauraumkanal „Altstadt“ in der Straße „Am Graalwall“ nicht realisiert werden. Die Ausschreibung musste wegen der weit überhöhten Angebotspreise aufgehoben werden. Die Ursache für diese Preise ist nach Aussage der Anbieter auf die Problematik im Senkungsgebiet zurück zu führen. Aus diesem Grunde hat die AGL für die erforderliche Maßnahme „Entwässerung Altstadt“ auch ein neues Vorflutkonzept erarbeitet. Die Ausführung soll im Jahr 2010 erfolgen.

Außergewöhnliche Vorfälle, wie z. B. Kanalbruch, großflächige Überflutung durch Rückstau o. ä. waren im Geschäftsjahr nicht zu verzeichnen.

Leider ist das Problem der Geruchsbelästigung, wie z. B. in Kaltenmoor noch weiterhin vorhanden, hier werden die Bemühungen zur Minderung desselben fortgesetzt.

### **Geschäftsverlauf im Bereich „Zentraler Baubetriebshof“**

Die Aufgaben für diesen Bereich ergeben sich zum größten Teil durch die direkten Vorgaben aus den Fachbereichen des Gesellschafters. Zur Erfüllung fungiert hier die AGL als weisungsgebundener Hilfswirtschaftler.

Erstmalig hat die AGL für das Segment „Gewässer“ in diesem Zusammenhang die Entschlammung von 2 Teichen im Stadtgebiet durchgeführt. Die Maßnahmen wurden erfolgreich abgeschlossen, zeigen aber deutlich, dass mit den zur Verfügung stehenden Finanzmitteln weitere Teiche nicht entschlammt werden können.

Die weiteren laufenden Unterhaltungsmaßnahmen, ob an Gewässern, Straßen, Grünflächen o. ä. wurden erfüllt, es gab keine negativen Stellungnahmen.

### **Geschäftsverlauf im Bereich „Stadt MAN Lüneburg“**

Das Segment „Stadt MAN Lüneburg“ konnte zufriedenstellend fortgesetzt werden, die von der AGL an die Stadt passiv vermieteten Datenleitungen konnten vom Mieter problemlos betrieben werden.

Für das neue Geschäftsjahr ist vorgesehen die Kostenerstattungsverträge anzupassen, entsprechend der von der Finanzbehörde vorgegebenen Abschreibungsdauer. Die Umsetzung kann aber nur im Einvernehmen mit dem Mieter erfolgen.

Die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft im Geschäftsjahr 2009 und bis zur Aufstellung des Lageberichts werden von der Geschäftsführung als zufrieden stellend bewertet.

### **Risiken der künftigen Entwicklung allgemein**

Unternehmerisches Handeln ist grundsätzlich mit Risiken verbunden. Die Risikostrategie der Gesellschaft sieht vor, dass Risiken vermieden oder durch Verträge/Versicherungen minimiert werden. Die Gesellschaft sieht sich keinen wesentlichen wirtschaftlichen Risiken gegenüber, die insbesondere aus dem Einsatz von Finanzinstrumenten (hier Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sowie Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten) resultieren. Die Forderungen bestehen weitestgehend gegen den Gesellschafter, so dass keine Ausfall- oder sonstige Risiken bestehen. Dem Risiko, den Darlehensverpflichtungen nicht betrags- und/oder termingerecht nachkommen zu können, wird durch den Abschluss von langfristigen Darlehen mit einer fristenkongruenten Finanzierung durch den Geschäftsverlauf begegnet. Das Zinsänderungsrisiko wird durch eine möglichst langfristige Zinsbindung vermieden.

Die Prozesse der Gesellschaft ermöglichen es, den o. a. potentiellen Risiken durch eine effiziente Organisation der Prozesse in der Buchhaltung sowie deren Überwachung zu begegnen.

### **Risiken der künftigen Entwicklung im Bereich Abwasser (Kläranlage/Kanalisation)**

Für diesen Aufgabenbereich sind z. Zt. keine Risiken erkennbar. Dennoch wird im Bereich Kanalisation auf die Problematik im Senkungsgebiet hingewiesen. Hier wird bei Neubauten, Reparaturen o. ä. zukünftig mit höheren Herstellungskosten zu rechnen sein. Diese haben ihre Ursache im aufwendigen Beweissicherungsverfahren, welches bei einer Ausführung zur Dokumentation von eventuellen Senkungsschäden geführt werden muss. Des Weiteren werden die daraus abzuleitenden Auflagen auch zu höheren Herstellungskosten führen.

### **Risiken der künftigen Entwicklung im Bereich zentraler Baubetriebshof**

Von der AGL ist auch der Winterdienst für die Hansestadt Lüneburg zu leisten. Sofern Winter mit der Intensität dieses Winters 2009/2010 häufiger bzw. in kürzeren Intervallen auftreten, ist mit Kostenrisiken zu rechnen. Hier kann es erforderlich werden, zur Erfüllung dieser Aufgaben Fremdfirmen vertraglich mit einzubinden oder alternativ Gerätschaften und Personal aufzustocken. Beides würde zu Mehrkosten führen, die vom Gesellschafter zu erstatten sind.

### **Sonstige Risiken der künftigen Entwicklung**

Im Bereich Abwasser (Reinigung, Transport, Reststoffverwertung) sind nach heutigem Kenntnisstand keine weiteren, bzw. demnächst keine verschärften Parameter zu erwarten, somit kein Risiko erkennbar. Ob sich aus der seit dem 01.03.2010 gültigen neuen Wasser-Rahmen-Richtlinie in der Umset-

zung vor Ort ein höheres Risiko ergibt, ist z. Zt. nicht zu erkennen. Hierzu sind auf jeden Fall die Durchführungsbestimmungen abzuwarten.

Da für den zentralen Baubetriebshof die Geschäftsbesorgungsverträge unverändert bestehen bleiben, ist auch hier kein Risiko für die AGL zu erkennen.

### **Vorgänge von besonderer Bedeutung nach Abschluss des Geschäftsjahres**

Für das Geschäftsjahr 2010 ist wieder ein, wie im genehmigten Wirtschaftsplan ausgewiesen, Kredit aufzunehmen. Da aber auch zukünftig keine Bürgschaft zu 100 % vom Gesellschafter übernommen werden darf, ist zu prüfen, ob eine teilverbürgte Kreditaufnahme oder ein insgesamt unverbürgter Kredit zukünftig sinnvoller ist.

Die bereits vorher erwähnte mögliche Vertragsänderung im Segment „Stadt MAN Lüneburg“ könnte dahingehend eine Bedeutung haben, dass es ab 2010 zu geringeren Jahreserträgen in diesem Segment kommen wird, dafür aber zu einer auf insgesamt 20 Jahre verlängerten Laufzeit.

Für die Beteiligungsgesellschaft LUNA Lüneburg GmbH beginnt 2010 erstmals der vertragsgemäße Betrieb. Bisher waren keine Geschäftsvorgänge, bis auf Gerichts- und Anwaltskosten, zu verzeichnen.

Ansonsten gab es keine Vorgänge von besonderer Bedeutung, über die zu berichten wäre.

### **Voraussichtliche Entwicklung der Gesellschaft und ihre wesentlichen Chancen**


Die AGL als kommunale Gesellschaft ist weiterhin zu 100 % im Eigentum ihres Gesellschafters, der Hansestadt Lüneburg, diese wird weiterhin das Personal stellen und somit wird es, wie bisher, keine Tätigkeit für Dritte geben.

Dafür sind durch die Vertragsgestaltungen die Rentabilität, die Liquidität und die Kapitalausstattung weiterhin jederzeit gesichert. Vor diesem Hintergrund geht die Geschäftsführung davon aus, dass in den beiden kommenden Geschäftsjahren das Jahresergebnis sich auf dem Niveau des Jahres 2009 bewegen wird, soweit keine Sondereffekte eintreten werden, die nicht durch andere Maßnahmen kompensiert werden können.

Lüneburg, den 22. März 2010



.....  
Geschäftsführer G. Hauschildt



.....  
Geschäftsführerin G. Lukoschek

Bereich 22 - Betriebswirtschaft &  
Beteiligungsverwaltung, Controlling  
von Fintel, Stefanie  
AZ: 20 43 95

Datum:  
02.06.2010

## **Beschlussvorlage**

Beschließendes Gremium:  
**Verwaltungsausschuss**

Betrifft:  
**Luna Lüneburg GmbH - Jahresabschluss 2009**  
**Weisungen an die Beteiligungsvertreter der Hansestadt Lüneburg in der**  
**Gesellschafterversammlung der Abwasser, Grün & Lüneburger Service GmbH**

### **Beratungsfolge:**

Top	Öffentl. Status	Sitzungs- datum	Gremium
	Ö	17.06.2010	Ausschuss für Wirtschaft und städt. Beteiligungen
	N	22.06.2010	Verwaltungsausschuss

### **Sachverhalt:**

In der nächsten Gesellschafterversammlung der Luna Lüneburg GmbH wird der Jahresabschluss 2009 behandelt. Hierzu ist es erforderlich, die städtischen Vertreter in der Gesellschafterversammlung der Abwasser, Grün & Lüneburger Service GmbH mit Weisungen zu versehen.

Beigefügt sind hierzu die Bilanz (Anlage 1) und die Gewinn- und Verlustrechnung (Anlage 2). Danach schließt der Jahresabschluss 2009 wie folgt ab:

Bilanzsumme	4.449,69 €
Jahresfehlbetrag	5.990,72 €
Verlustvortrag der Vorjahre	17.559,59 €
Bilanzverlust	23.550,31 €

Hierzu wird seitens der Geschäftsführung der Luna Lüneburg GmbH vorgeschlagen, den Bilanzverlust auf das Geschäftsjahr 2010 vorzutragen und den Geschäftsführern Entlastung für das Geschäftsjahr 2009 zu erteilen.

Der Jahresabschluss kann im Ratsbüro eingesehen werden.

### **Beschlussvorschlag:**

Die Beteiligungsvertreter der Hansestadt Lüneburg in der Gesellschafterversammlung der Abwasser, Grün & Lüneburg Service GmbH werden angewiesen, die Beteiligungsvertreter der Abwasser, Grün & Lüneburger Service GmbH in der Gesellschafterversammlung der Luna Lüneburg GmbH anzuweisen, für die Feststellung des vorgelegten Jahresabschlusses 2009 und die Entlastung der Geschäftsführung für das Geschäftsjahr 2009 zu stimmen.

### **Finanzielle Auswirkungen:**

#### **Kosten (in €)**

- a) für die Erarbeitung der Vorlage: 35,00  
    aa) Vorbereitende Kosten, z.B. Ausschreibungen, Ortstermine, etc.
- b) für die Umsetzung der Maßnahmen:
- c) an Folgekosten:
- d) Haushaltsrechtlich gesichert:  
    Ja  
    Nein  
    Teilhaushalt / Kostenstelle:  
    Produkt / Kostenträger:  
    Haushaltsjahr:
- e) mögliche Einnahmen:

### **Anlagen:**

Bilanz  
Gewinn- und Verlustrechnung

### **Beratungsergebnis:**

	Sitzung am	TOP	Ein- stimmig	Mit Stimmen-Mehrheit Ja / Nein / Enthaltun- gen	lt. Be- schluss- vorschlag	abweichende(r) Empf /Beschluss	Unterschr. des Proto- kollf.
1							
2							
3							
4							

Beteiligte Bereiche / Fachbereiche:

Anhörung/Beteiligung erforderlich:

Ortsrat: \_\_\_\_\_

Ortsvorsteher/in: \_\_\_\_\_

Auszüge an folgende Bereiche bzw. Fachbereiche: 22

### Eingangs- und Sichtvermerke

(gewünschte Vermerke bitte ankreuzen)

<input checked="" type="checkbox"/> Entwurfsverfasser/in Datum	<input checked="" type="checkbox"/> Leiter/in des beteilig- ten Bereichs	<input type="checkbox"/> Leiter/in des/r beteilig- ten Stabsstelle / Fachbereichs	<input type="checkbox"/> Dez. VI	<input type="checkbox"/> Dez. V	<input type="checkbox"/> Dez. III	<input checked="" type="checkbox"/> Dez. II	<input checked="" type="checkbox"/> OB	<input checked="" type="checkbox"/> Ratsbüro

# Luna Lüneburg GmbH

Bilanz zum 31. Dezember 2009

<b>Aktiva</b>			
	Anhang	31.12.2009 EUR	31.12.2008 EUR
<b>Umlaufvermögen</b>			
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	(1)	181,74	258,66
Flüssige Mittel	(2)	<u>4.267,95</u>	<u>23.518,60</u>
		4.449,69	23.777,26
<b>Summe Aktiva</b>		<u><u>4.449,69</u></u>	<u><u>23.777,26</u></u>
<b>Passiva</b>			
		31.12.2009 EUR	31.12.2008 EUR
<b>Eigenkapital</b>			
Gezeichnetes Kapital		25.000,00	25.000,00
Verlustvortrag		-17.559,59	
Jahresfehlbetrag		<u>-5.990,72</u>	<u>-17.559,59</u>
	(3)	1.449,69	7.440,41
<b>Rückstellungen</b>	(4)	3.000,00	14.469,00
<b>Verbindlichkeiten</b>		<u>0,00</u>	<u>1.867,85</u>
<b>Summe Passiva</b>		<u><u>4.449,69</u></u>	<u><u>23.777,26</u></u>

# Luna Lüneburg GmbH

Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom  
1. Januar bis zum 31. Dezember 2009

	Anhang	<u>2009</u> EUR
Personalaufwand	(5)	3.000,00
Sonstige betriebliche Aufwendungen	(6)	3.008,22
Zinsergebnis	(7)	<u>17,50</u>
<b>Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit</b>		-5.990,72
<b>Jahresfehlbetrag</b>		<u><u>-5.990,72</u></u>

01 - Büro des Oberbürgermeisters

Datum:  
19.01.2010

## **Antrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen**

Beschließendes Gremium:  
**Rat der Hansestadt Lüneburg**

Betrifft:  
**Anreize für klimaschonende Autos schaffen (Antrag der Fraktion Bündnis90/Die Grünen vom 18.01.2010)**

### **Beratungsfolge:**

Top	Öffentl. Status	Sitzungs- datum	Gremium
	N	17.02.2010	Verwaltungsausschuss
	Ö	25.02.2010	Rat der Hansestadt Lüneburg

### **Sachverhalt:**

Siehe Antrag der Fraktion Bündnis90/Die Grünen vom 18.01.2010

### **Beschlussvorschlag:**

Der Antrag wird abgelehnt.

### **Anlagen:**

- Antrag der Fraktion Bündnis90/Die Grünen vom 18.01.2010
- Stellungnahme der Verwaltung -Bereich 32- vom 21.01.2010



ULRICH BLANCK DAHLENBURGER LDSTR. 179A 21337 LÜNEBURG

Oberbürgermeister Mädge  
- Rathaus -

21335 Lüneburg

**Stadtratsfraktion  
Lüneburg**

**Ratsherr Ulrich Blanck**  
Beigeordneter

Dahlenburger Landstraße 179a  
21337 Lüneburg  
Tel: 04131-6036679  
Fax: 04131-864047  
[ulrich.blanck@rathaus-aktuell.de](mailto:ulrich.blanck@rathaus-aktuell.de)

[www.rathaus-aktuell.de](http://www.rathaus-aktuell.de)

### **Antrag zur nächsten Ratssitzung**

#### **Anreize für klimaschonende Autos schaffen**

18.01.2010

In der Stadt Kiel sind die Fahrer von Autos mit geringem CO<sub>2</sub>-Ausstoß ab sofort von den Parkgebühren befreit. Halter von Fahrzeugen mit einem CO<sub>2</sub>-Ausstoß von weniger als 120 Gramm pro Kilometer können von der Stadt eine Plakette erhalten, die den Wagen entsprechend kennzeichnet.

Der Rat der Hansestadt Lüneburg beschließt:

**Die Verwaltung wird beauftragt ein entsprechendes Konzept für die Hansestadt Lüneburg, analog zu Kieler Modell, zu entwickeln und dem Rat zur Beschlussfassung vorzulegen.**

Die Begründung erfolgt mündlich.

Für die Fraktion



01 R 2. u. 15.

Mit 2/2.

01 / R

**Antrag Bündnis 90 / Die Grünen vom 18.01.2010 zur Sitzung des Rates am 25.02.2010;  
hier: Anreiz für CO<sub>2</sub>-arme Kraftfahrzeuge**

Zum obigen Antrag nimmt der Bereich 32 im Einvernehmen mit dem Bereich 31 / Umwelt aus fachlicher Sicht wie folgt Stellung:

Gebührenpflichtige Kurzparkzonen wurden in Lüneburg nur in zentrumsnahen Bereichen eingerichtet. Die bestehenden Kurzparkzonen wurden zu Gunsten der Bewohner der verkehrsberuhigten Innenstadt im Rahmen des Bewohnerparkens gemäß StVO freigegeben und werden sehr gut angenommen, zumal es stadtnah kaum andere Alternativen gibt. Zu bedenken ist auch, dass in Kurzparkzonen eine Reihe weiterer straßenverkehrlicher Belange abgewickelt wird, so z. B. das unentgeltliche Parken von Schwerbehinderten, Ausnahmeerlaubnisse für Hauspflegedienste sowie für Handel und Handwerk.

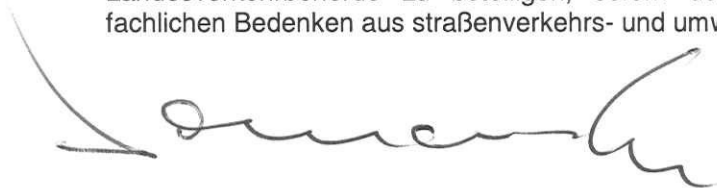
Dies alles führt bereits jetzt dazu, dass Bewohner der Innenstadt trotz entsprechender Berechtigung oftmals längere Zeit nach freien Parkständen suchen und dabei auch größere Entfernungen auf sich nehmen müssen. So sinnvoll die Förderung von Fahrzeugen mit dem CO<sub>2</sub>-Ausstoß von maximal 120 g/km auch sein mag, müssen sich etwaige Fördermaßnahmen an den örtlichen straßenverkehrlichen Gegebenheiten orientieren. Maßnahmen etwa im Sinne des jetzt vorliegenden Antrages wird man aus rechtlichen Gründen nicht auf Bewohner z. B. des Landkreises (einschließlich Hansestadt Lüneburg) begrenzen können. Dieses widerspräche dem Gemeingebrauch der Straße. Im Übrigen hat auch die Stadt Kiel den Kreis der Berechtigten nicht etwa auf BürgerInnen o. ä. eingeschränkt.

Nach Auswertung des Fahrzeugregisters beim Landkreis Lüneburg sind allein im Gebiet des Landkreises (einschließlich Hansestadt) zwischen 2.500 bis zu 3.000 Fahrzeuge mit einem CO<sub>2</sub>-Wert von bis zu 120 g/km zugelassen. Würde man die innenstadtnahen Parkplätze zum unentgeltlichen Parken von Fahrzeugen, die die vorgenannten Kriterien erfüllen, öffnen, so entstünde insbesondere für Inhaber von Bewohnerparkberechtigungen eine weitere Parkraumverknappung, was wiederum zusätzlichen Parksuchverkehr generieren würde.

Auch ist davon auszugehen, dass die angeregte Parkbegünstigung im Sinne des vorliegenden Antrages selbst zusätzlichen Parksuchverkehr erzeugen wird, zumal der Kreis der dann Begünstigten vermutlich sehr gern das zugestandene Privileg in Anspruch nehmen und vorzugsweise dann auch zentrumsnah parken würde. Die durch derartige Fahrzeuge erreichbare Entlastung der Umwelt wäre unter den Bedingungen der Innenstadt bereits durch den zusätzlich generierten Parksuchverkehr sehr schnell aufgezehrt. Weiter würde der Anreiz genommen bzw. verringert, die Innenstadt mit dem ÖPNV zu erreichen.

Schließlich ist der Bereich 32 der Auffassung, dass Fördermaßnahmen etwa im Sinne des vorliegenden Antrages zumindest landesweit – besser noch bundesweit – einheitlich erfolgen sollten. Abgesehen von straßenverkehrlichen und straßenrechtlichen Bedenken sind „Insellösungen“ leider geeignet, die Bundeseinheitlichkeit des Verkehrsrechts zu unterlaufen. Auch wenn kein unmittelbarer sachlicher Bezug zu den angeregten Fördermaßnahmen besteht, so wird darauf aufmerksam gemacht, dass die oberste Landesverkehrsbehörde erst jüngst im Zusammenhang mit weiteren

Beschränkungen im Bereich der Umweltzone der Landeshauptstadt Hannover per Erlass interveniert hat. Dieser Hinweis mag verdeutlichen, dass es grundsätzlich nur hilfreich sein kann, vor einer weitreichenden Änderung der Ausnahmegenehmigungspraxis auch die oberste Landesverkehrsbehörde zu beteiligen, sofern dem vorliegenden Antrag trotz der begründeten fachlichen Bedenken aus straßenverkehrs- und umweltpolitischer Sicht entsprochen werden sollte.

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Domanske', written in a cursive style.

Domanske



Niedersächsisches Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr,  
Postfach 1 01, 30001 Hannover

**Niedersächsisches Ministerium  
für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr**

Hansestadt Lüneburg  
- Ordnung und Straßenverkehr –  
- Z. Hd. H. Domanske –  
Reitende-Diener-Str. 8

Per E-Mail

Bearbeitet von H. Thies

21335 Lüneburg

E-Mail: [juergen.thies@mw.niedersachsen.de](mailto:juergen.thies@mw.niedersachsen.de)

Ihr Zeichen, Ihre Nachricht vom  
20.01.10

Mein Zeichen (Bei Antwort angeben)  
43-30050/1220/schadstoffarme Kfz

Durchwahl (05 11) 1 20-  
7848

Hannover  
12.02.2010

## **Parkprivilegien für schadstoffarme Kraftfahrzeuge**

Sehr geehrter Herr Domanske,

mit Ihrem Mail vom 20. Januar 2010 hatten Sie nach meiner Rechtsauffassung zu Parkprivilegien für schadstoffarme Kraftfahrzeuge angefragt.

Die dem Straßenverkehr gewidmeten Flächen unterliegen dem Gemeingebrauch. Das Straßenverkehrsrecht ist grundsätzlich privilegienfeindlich (vgl. BVerwG, Urt. vom 28.05.1998 – DAR S. 362). Ausnahmen von diesem Grundsatz sind nur bei Vorliegen besonderer Umstände und entsprechender Dringlichkeit möglich.

Bisher bestehen Privilegien beim Parken z.B. für Bewohner städtischer Quartiere mit erheblichem Parkraummangel, für bestimmte Schwerbehinderte (mit außergewöhnlicher Gehbehinderung, Blinde sowie Contergangeschädigte) und für Taxen durch Verkehrszeichen 229 „Taxenstandplatz“.

Die bestehenden Privilegierungen sind sachgerecht. Sie haben allerdings zur Folge, dass es schon jetzt schwierig ist, in städtischen Gebieten mit hohem Parkdruck in ausreichender Zahl entsprechende Sonderparkflächen anzubieten. Bei dem heutigen Mangel an Parkplätzen ist ein Verdrängungswettbewerb zwischen den Privilegierten untereinander und erst recht mit dem normalen Individualverkehr zu erwarten.

Gründe, die zusätzlich eine Ausweisung von Sonderparkflächen für schadstoffarme Fahrzeuge rechtfertigen würden, sind nicht erkennbar und daher unzulässig.

Gem. § 46 Abs. 1 Nr. 4a StVO ist es den Verkehrsbehörden jedoch möglich, allgemein für bestimmte Antragsteller Ausnahmen vom § 13 Abs. 1 StVO zuzulassen. Hierbei muss der durch die Ausnahmegenehmigung Begünstigte jedoch bestimmt und nicht nur bestimmbar sein, bevor er den Ausnahmetatbestand verwirklicht. Damit wäre – sofern eine Adressatenbestimmung im Zuge der Plakettenausgabe sichergestellt ist – eine Gebührenfreistellung von schadstoffarmen Kraftfahrzeugen auf den bewirtschafteten allgemeinen Parkflächen denkbar.

Sie kennen unsere Pferde. Erleben Sie unsere Stärken.  
[www.innovatives.niedersachsen.de](http://www.innovatives.niedersachsen.de)

Dienstgebäude  
Landschaftstraße 5  
30159 Hannover  
Paketanschrift  
Friedrichswall 1  
30159 Hannover

Telefon  
(05 11) 120-0

Telefax  
(05 11) 1 20-78 91  
(05 11) 1 20-78 92

E-Mail  
[Poststelle@mw.niedersachsen.de](mailto:Poststelle@mw.niedersachsen.de)

Bankverbindung  
Nord/LB (BLZ 250 500 00) Konto 106 022 312  
IBAN: DE94 2505 0000 0106 0223 12  
SWIFT-BIC: NOLA DE 2H

Die von Ihnen angestrebte Regelung könnte jedoch faktisch eine Diskriminierung von auswärtigen Verkehrsteilnehmern darstellen, da es keine bundesweite Kennzeichnung solcher schadstoffarmer Fahrzeuge gibt und eine Kennzeichnung mit einer örtlichen Plakette erfahrungsgemäß regelmäßig nur von ortsansässigen Verkehrsteilnehmern genutzt wird.

Mit freundlichen Grüßen

Im Auftrage



Thies



## **AUSZUG**

**aus der Niederschrift über die Sitzung  
des Rates der Hansestadt Lüneburg am 25.02.2010**

### **Öffentlicher Teil**

- 6.1 Anreize für klimaschonende Autos schaffen (Antrag der Fraktion Bündnis90/Die Grünen vom 18.01.2010)  
Vorlage: VO/3557/10**

#### **Beratungsinhalt:**

Beigeordneter BLANCK beantragt aufgrund der ausführlichen Stellungnahme der Verwaltung und der noch zu klärenden grundlegenden Aspekte, diesen Antrag in den Ausschuss für Wirtschaft und städtische Beteiligungen zu verweisen.

Oberbürgermeister MÄDGE zitiert ein Schreiben des Nds. Wirtschaftsministeriums vom 12.02.2010, in dem es heißt: „Gründe, die zusätzlich eine Ausweisung von Sonderparkflächen für schadstoffarme Fahrzeuge rechtfertigen würden, sind nicht erkennbar und daher unzulässig.“

Das Schreiben wird dieser Niederschrift als Anlage 1 beigelegt. Die Verwaltung ist bereit, diese Thematik gerne im Ausschuss für Wirtschaft und städtische Beteiligungen zu diskutieren.

#### **Beschluss:**

Der Rat der Hansestadt Lüneburg verweist diesen Antrag bei den Gegenstimmen der FDP-Fraktion und Ratsfrau Güntner in den Ausschuss für Wirtschaft und städtische Beteiligungen.

*Die Richtigkeit des Auszuges  
wird beglaubigt:*

*Lüneburg, 15.04.2010 i.A.*

## **Nicht eingefügtes Dokument**

Die Datei 'C:\Cache\SPOOL\01WIRT~1\100617\pdf\13aw.doc' liegt in einem nicht verarbeitbaren Format vor und konnte nicht in das Dokument eingefügt werden.

Hinweis: Sie können die Datei manuell zu einem PDF Dokument konvertieren und mit Hilfe des Adobe Acrobat Writer in das Dokument einfügen.